

Mitteilung

für den Sozial- und Gesundheitsausschuss am
für den Seniorenrat am
für den Beirat für Behindertenfragen am

26.05.2020

27.05.2020

27.05.2020

Thema:

Verein "Alt und Jung Süd-West e.V." - Insolvenzverfahren

Mitteilung:

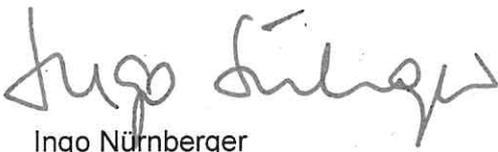
Der Pflegedienst „Alt und Jung Süd-West e.V.“ wird im Sommer seinen Betrieb einstellen. Ein im Januar 2020 eröffnetes Insolvenzverfahren konnte das wirtschaftliche Überleben des Pflegedienstes nicht sichern. Die Vorgaben der Gläubigerversammlung insbesondere in Bezug auf eine Betriebsvereinbarung zur Digitalisierung und auf zu realisierende Vergütungen bei den Kostenträgern waren nicht bzw. nicht im geforderten Umfang umsetzbar.

Der Träger „Alt und Jung Süd-West e.V.“ mit rd. 280 Mitarbeiter*innen versorgt in ambulanten Versorgungssettings ältere, hilfe- und pflegebedürftige Personen und Personen mit Bedarfen an ambulanter Eingliederungshilfe – dies oftmals mit sehr umfangreichen Unterstützungsbedarfen. Des Weiteren zeichnet der Träger als Kooperationspartner der Wohnungswirtschaft an mehreren Standorten für quartiersbezogene (Pflege)Angebote im Rahmen des Bielefelder Modells verantwortlich. Aktuell versorgt der Dienst rd. 400 Menschen, davon entfällt ein Drittel auf die Eingliederungshilfe.

Die Stadt Bielefeld hat unmittelbar nach Bekanntwerden der bevorstehenden Betriebs-einstellung Gespräche mit dem Träger, dem Insolvenzverwalter, der BGW als Kooperationspartner der Wohnungswirtschaft und anderen Kostenträgern aufgenommen. Zeitnah hat sich ein Termin mit Vertreter*innen anderer Leistungserbringer mit den Dienstleistungen Pflege und Eingliederungshilfe angeschlossen mit dem Ziel, zu einer möglichst guten Nachfolgelösung für die von der Betriebseinstellung betroffenen Kund*innen zu kommen.

Die Stadt Bielefeld strebt gemeinsam mit der BGW eine Lösung an, die sowohl eine Fortführung von individuellen Pflege- und Betreuungsleistungen als auch die Umsetzung eines quartiersorientierten Pflege- und Betreuungskonzeptes umfasst. Dabei bleibt das Wunsch- und Wahlrecht der einzelnen Kundinnen und Kunden in Bezug auf die individuelle Leistungserbringung unberührt.

Die an einer Übernahme von Versorgungsleistungen interessierten sozialen Dienstleister wurden gebeten, bis zum Ende dieser Woche eine Rückmeldung zu ihren standortorientierten Überlegungen und den gemeinwesenbezogenen Leistungsanteilen zu geben. Auf dieser Grundlage sollen tragfähige Überlegungen im Sinne einer guten und zeitnah umsetzbaren Lösung für die betroffenen Quartiere entwickelt werden.



Ingo Nürnberger